

Politisch motivierte Gewalt: Hauptziel ist die AfD



Keine andere Partei in Deutschland ist so häufig das Zielobjekt politisch motivierter Gewalttaten wie die AfD. Das ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Hess (AfD) an die Bundesregierung. Von 52 Angriffen auf Parteibüros richtete sich demnach genau die Hälfte, also 26, gegen AfD-Einrichtungen, während es die CDU vier Mal, die Grünen fünf Mal und SPD sowie Die Linke je sieben Mal traf.

Bei den Plakaterstörungen ist das Bild noch deutlicher: Von 905 registrierten Straftaten trafen 450 die AfD, gefolgt von der CDU mit 165, Die Linke mit 117, die SPD mit 111 sowie FDP und Grüne mit 72 bzw. 71 Delikten.

Die Daten beziehen sich auf das dritte Quartal 2019, dessen polizeiliche Auswertung kürzlich abgeschlossen worden ist. In diesem Zeitraum wurden bundesweit 278 einschlägige Straftaten gegen Personen verübt. 127 davon betrafen AfD-Vertreter. Platz zwei belegen Repräsentanten der CDU mit 72 Straftaten, gefolgt von SPD (36), Grüne (28), Die Linke (15), FDP (8) und CSU (2).

In den Massenmedien werden diese Zahlen leider nicht thematisiert.

Und die Bundesregierung kann ausdrücklich nicht erkennen, dass „es sich bei den Angriffen um eine systemische Form der Einschüchterung bzw. Bedrohung“ handelt. Martin Hess, dessen Wahlkreisbüro im baden-württembergischen Ludwigsburg auch

bereits angegriffen worden ist, bewertet dies im Interview mit der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ anders: „89 Prozent der linksextremistisch motivierten Attacken auf Parteimitglieder richten sich gegen die AfD. Dass linke Gewalt von unseren politischen Konkurrenten verharmlost wird, ist also erklärbar, aber nicht entschuldbar.“

Wer Opfer einer politisch motivierten Straftat geworden ist, kann vom gemeinnützigen Verein Signal für Deutschland e.V. entschädigt werden.